

Einiges ist faul in der Festung "Meuseburg"

Die Berufsvereinigung bildender Künstler Vorarlbergs ist ein Interessensverband, zu dessen Aufgaben unter anderem die Information der Mitglieder über Künstlerversicherungen, steuer- und zollrechtliche Fragen, Verbandsregelungen, Wettbewerbsausschreibungen und vieles andere zählt. Tatsächlich erhalten die Vorarlberger Verbandszugehörigen für ihren Mitgliedsbeitrag so gut wie keine Gegenleistung. Der Vorstand, dem neben dem Präsidenten Willi Meusburger und den Architekten Helmut Kuess und Heinz Wagner eine Reihe mehr oder weniger bedeutender Künstler angehören, verfolgt mit einem Ausstellungskonzept, das zu einem wesentlichen Teil einem internationalen Kunsthallenprinzip ähnelt, vielfach die Eigeninteressen der Vorstandsmitglieder zur eigenen beruflichen Förderung. Die "normalen" Verbandsangehörigen werden mehr oder weniger allein im Regen stehen gelassen und mit wichtigen Informationen unterversorgt. Statt ihren Aufgaben nachzukommen, übt sich die Vereinigung im "Abschießen" unbequemer Kritiker aus der Provinz.

Mitte April erhielten die Mitglieder der Berufsvereinigung bildender Künstler Vorarlbergs ein Rundschreiben zur Kenntnisnahme zugesandt, das folgenden Wortlaut beinhaltete: "Sehr geehrter Herr Pichler, die Berufsvereinigung der bildenden Künstler verwahrt sich gegen die von Ihnen in der Ausstellungsankündigung der Zeitschrift KULTUR Jahrgang 16/Nr. 3 auf Seite 20 verwendete Sprache." Punkt! Keine näheren Erläuterungen, keine Präzisierungen, was denn damit eigentlich konkret gemeint sei. Das Schreiben war vom gesamten Vorstand gezeichnet, namentlich von Wilhelm Meusburger, Manfred Egender, Alfred Graf, Helmut Kuess, Christoph Lissy, Kurt Matt, Miriam Rhomberg, Ingo Springenschmid sowie Heinz Wagner.

Der Autor dieser Zeilen erhielt in der Folge rund 30 Anrufe von Mitgliedern der Vereinigung, die zum Teil nachfragten, um was es denn konkret gehe. Andere brachten spontan ihre Solidarität mit mir zum Ausdruck. Es waren auch Kunstschaffende darunter, mit denen ich bislang noch überhaupt nichts zu tun hatte.

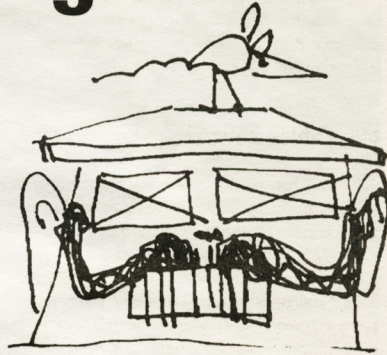
Um mir Klarheit zu verschaffen, habe ich beim Vorstandsmitglied Christoph Lissy angerufen und nachgefragt, was denn dezidiert zu beanstanden wäre. Worauf mir Lissy erklärte, dass es um die Verwendung des Wortes "abfackeln" ginge. Zur Erläuterung: In erwähneter Ausstellungsankündigung kritisierte ich sinngemäß, dass die Berufsvereinigung im Künstlerhaus Bregenz wieder einmal Vorarlberger Kunst en bloc "abfackle", um wieder Spielraum für internationale Präsentationen zu erhalten. Laut Lissy stelle der Begriff "abfackeln" nationalsozialistisches Sprachgut dar. Auf meine entrüstete Frage, das könne doch nicht im Ernst die Auffassung des Vorstandes sein, erwiderte er ganz wirsch: "Doch, das ist Sprachgut von Joseph Goebbels, das hat der Vorstand einstimmig festgestellt!"

Tief betroffen von diesem Statement übermittelte ich die kritisierte Stelle umgehend dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, das seinen Sitz in Wien hat und wohl oberste Instanz in solchen Angelegenheiten in Österreich ist. Dort wurde die Passage eingehend geprüft, und ich erhielt am nächsten Tag zur Antwort, dass der Begriff "abfackeln" in den einschlägigen Lexika und Literaturen nicht vorkäme und es sich somit um kein NS-Vokabular handle. Die Verantwortlichen des Dokumentationsarchivs gingen sogar noch weiter und fügten an, dass sie sich stark dagegen verwehren, dass eine Institution in einer so sensiblen Sache so unsensibel vorgehe. "Ein Vorwurf ist nur dann gerechtfertigt, wenn er Substanz hat", so das Dokumentationsarchiv wörtlich.

Um die Sache zum Abschluss zu bringen, möchte ich noch anfügen, dass ich in Zürich wohne und dieser Begriff dort zur Alltagssprache gehört, fast so wie das "Grüazi". Und im Synonymwörterbuch von Duden liest man unter "fackeln": "nicht lange fackeln - eingreifen; ohne lange zu fackeln - kurzerhand".

Ich habe den Begriff sinngemäß dafür verwendet, um auf das unsensible Abhandeln und das rücksichtslose Zusammenstellen völlig unterschiedlicher Vorarlberger Kunstpositionen durch den Vorstand zu verweisen.

Der Versuch, mir die Verbreitung national-



sozialistischen Sprachguts zu unterstellen, stellt für mich einen Griff in die unterste Schublade dar, mit dem sich der Vorstand völlig disqualifiziert.

Im Gegenzug erscheint es mir überaus problematisch, wenn etwa Manfred Egender auf die Frage, warum man im Rundschreiben eine so schwammige Formulierung verwendet habe, entgegnet, man habe halt mit den Mitgliedern ein Spielchen treiben wollen, um festzustellen, ob sie den Sachverhalt durchschauen. Eigentlich ein Skandal sondergleichen, die eigenen Verbandsmitglieder für derart blöd zu verkaufen.

In diesem Zusammenhang erhebt sich auch die Frage, wo die Berufsvereinigung war, als der Kunstkritiker Walter Fink die Kunstaktion der Mitglieder Harald Gfader und Marbod Fritsch, bei der sie Punschtörtchen als Metapher für den braunen Kern hinter einem verlockenden Äußeren inhaltlich strapazierten, öffentlich völlig ins Lächerliche zog. Oder als die Freiheitliche Partei in Hard 1995 via Ausweisung an alle Haushalte die BewohnerInnen der Bodenseegemeinde gegen die damals in den Harder Seeanlagen aufgestellte Monumentalplastik von Walter Kölbl aufhetzte. Jene Skulptur, die jetzt Bestandteil des Skulpturen-parks des ORF ist. Hier hätte die Berufsvereinigung geradezu aktiv werden müssen(!), hatte es aber feige unterlassen.

Oder als die Regierungsbeteiligung der Freiheitlichen publik wurde, haben unzählige Kunst- und Kulturschaffende samt entsprechenden Institutionen öffentliche Protestnoten abgegeben. Wer natürlich tunlichst geschwiegen hat, war die Vorarlberger Berufsvereinigung. Obwohl es sehr wohl Aufgabe einer Interessensvertretung sein muss, öffentlich zu politischen Strömungen, die sich negativ auf das Kulturklima auswirken, Position zu beziehen.

So liegt der Verdacht nahe, dass es der Berufsvereinigung bzw. dem Vorstand mit besagtem Rundschreiben letztlich einfach darum ging, einen Provinzkritiker zum Verstummen zu bringen, um bei der weiteren Pflege der egoistischen Interessen nicht gestört zu werden.

Es ist ja bezeichnend, dass laut mehreren Verbandsangehörigen die besagte Aussendung das erste Rundschreiben darstellte, das sie in den vergangenen zehn Jahren erhalten hätten.

Miserables Zeugnis

An dieses Faktum anknüpfend, erhebt sich die berechnete Frage, was die Interessensvertretung denn überhaupt leistet, was die 159 Verbandszugehörigen (Stand 2000) für ihren Jahresbeitrag in Höhe von 350,- Schilling denn überhaupt als Gegenleistung erhalten. Nach eingehender Hinterfragung kommt man sehr schnell zum Schluss, dass außer der reinen Bestätigung der Künstlerschaft und der Möglichkeit, dass man vielleicht alle fünf Jahre einmal im Palais Thurn und Taxis ausstellen darf, absolut nichts übrig bleibt.

Die Mitglieder erhalten so gut wie keine Informationen über Wettbewerbsausschreibungen im In- und Ausland, keine Informationen über so wichtige Fragen wie die Künstler-sozialversicherung, Steuerrecht, zollrechtliche Bestimmungen, Vertragsrecht, Urheberrecht, Honorarbemessungen und dergleichen mehr. Natürlich gibt es auch keine Hilfestellung bei der Öffentlichkeitsarbeit - das Künstlerhaus Palais Thurn und Taxis ist wohl das einzige Ausstellungshaus in Österreich, das keine Pressemitteilungen verschickt. Die Medien können Informationen auch beispielsweise nicht aus dem Internet abrufen, weil die Berufsvereinigung immer noch keinen Internet-Auftritt hat. Dies obwohl Präsident Meusburger im Anschluss an eine Kritik vor drei Jahren konstatiert hat, man arbeite daran. Ein Armutszeugnis, wenn man bedenkt, dass heute tatsächlich schon das Feuerwehrmuseum in Hintertupfingen und der winzigste Kunstraum im Netz hängen.

Dass die aufgelisteten Punkte sehr wohl zum Aufgabengebiet einer Interessensvertretung gehören, bestätigt auch die übergeordnete Berufsvereinigung bildender Künstler mit Sitz in Wien. Sie sieht es darüber hinaus auch durchaus als Aufgabe an, dass eine derartige Institution etwa durch Kooperationen mit

anderen Einrichtungen Kontakte für ihre Mitglieder knüpft, um diesen auch andernorts, etwa im Ausland, Ausstellungsmöglichkeiten zu verschaffen. Klar doch: Natürlich kann es nicht Aufgabe der Berufsvereinigung sein, die Vermarktung von einzelnen Kunstschaffenden zu übernehmen, aber Kontakte anzubauen und zu pflegen gehört ganz sicher zum Tätigkeitsfeld. Auch wenn dies Vorstandsmitglied Manfred Egender noch so vehement abstreitet (siehe VN-Gespräch vom 24.4.2001).

Müsste man dem Vorstand über seine geleistete Tätigkeit ein Zeugnis ausstellen, so würde dies vernichtend ausfallen. Ein miserables Zeugnis, das sich auch nicht durch ein zu niedriges Budget rechtfertigen lässt. Denn für die Präsentation internationaler Künstler und Künstlerinnen scheint's ja auch zu reichen. Dagegen gibt es auch nichts einzuwenden. Auch mir ist gute internationale viel lieber als schlechte einheimische Kunst. Es bleibt aber zu hinterfragen, ob in einer Kleinstadt wie Bregenz drei Ausstellungshäuser ein internationales Kunsthallenprinzip verfolgen müssen. Denn mit dem Kunsthaus Bregenz und dem Magazin 4 gibt es ohnehin schon zwei Kunsträume, die ausschließlich überregional agieren.

Käme der Vorstand seinen eigentlichen Aufgaben nach, so würden die Mitglieder vermutlich auch eine signifikante Erhöhung des Mitgliedsbeitrages in Kauf nehmen, um beispielsweise auch ein professionell agierendes Sekretariat auf die Beine stellen zu können. Es kann doch nicht sein, dass etwa die Sitzungsprotokolle der Generalversammlungen erst ein Jahr später (gemeinsam mit der Einladung zur nächsten Generalversammlung) verschickt werden. Das stellt eine drastische Missachtung der Informationspflicht dar. Abgesehen davon, dass es nach Ansicht einiger Mitglieder nach böswilliger Absicht riecht, dass die Generalversammlungen permanent in die Osterferien terminisiert werden, just also dann, wenn viele in den Ferien sind und gar nicht daran teilnehmen können.

Krachen im Gebäck

Wen wundert's also, dass es im Gebäck der Basis kracht und eine stattliche Zahl von Mitgliedern eine Gegenbewegung diskutiert. Wo bei man über die Diskussionsphase allerdings bereits hinausgekommen zu sein scheint. Eine Gruppe von Kunstschaffenden um Namen wie

Harald Gfader oder Ingemar Alge ist nämlich nicht nur bereit, sich die Verweigerung der Diskussion, die Einwegkommunikation der Vorstände und die permanente Vernachlässigung der Aufgaben, die einer Künstlervereinigung nun mal zukommen, gefallen zu lassen. Mit dem Palais Liechtenstein hätte man auch bereits ein geeignetes Alternativausstellungshaus zum Künstlerhaus gefunden. Wenn es dieser Gruppierung gelänge, inhaltlich etwas Schlagkräftiges auf die Beine zu stellen, dann wäre auch Landeskulturamtsleiter Werner Grabher bereit, eine solche Bewegung zu unterstützen. Das wiederum könnte die Berufsvereinigung empfindlich treffen, denn etwaige Subventionen brächten entsprechende Kürzungen für die Unterstützung der Berufsvereinigung mit sich. Und das Land schießt der Berufsvereinigung derzeit immerhin jährlich 1,4 Millionen Schilling zu.

Aber vielleicht ist so eine Abspaltung gar nicht notwendig. Nämlich dann, wenn der Vorstand Nachhilfestunden in Sachen Kommunikation und Aufgabenbereitschaft macht. Auch müsste wohl ein wesentlicher Teil des Vorstandes ausgewechselt werden, denn es gibt zu viele "Nullnummern" darin, die pure Eigeninteressen verfolgen. Jedenfalls darf es nicht sein, dass etwa ein Antrag nach Einführung des Rotationsprinzips für Vorstände, wie ihn Uta Belina Wäger vergangenes Jahr einbrachte, einfach mit dem Dampfhammer "so was bruch mer net" abgeschmettert wird. Demokratische Grundstrukturen braucht es auch in einer Interessensvertretung, um offen für Neues und Innovatives sein zu können.

Vielfach werden die Vorarlberger Künstlerinnen und Künstler als provinziell abgekanzelt. Ein Fehlurteil. Provinzielles Denken scheint sich höchstens noch in den Köpfen des Vorstandes breit zu machen.

In diesem Sinne ist, frei nach Shakespeares Hamlet, "einiges faul in der Festung Meuseburg", wie man den "Vorstandsbunker" Palais Thurn und Taxis in namentlicher Anlehnung an den Präsidenten gerne bezeichnen möchte. Eine Entrümpelungsaktion wäre besser heute als morgen angebracht.

Karlheinz Pichler